

Etatrede, 17. November 2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,
sehr geehrte Zuschauer*innen und Zuhörer*innen,

der Mannheimer Migrationsbeirat kann als Gremium die Stadtverwaltung und den Gemeinderat beraten, sobald es um Themen der Migration und Integration geht. Wir können aber auch selbst Anträge stellen und somit Einfluss nehmen auf den kommunalen Haushalt. Uns ist dabei vor allem wichtig, deutlich zu machen, welche Schwerpunkte wir in diesem Bereich setzen würden und für relevant halten. Auch uns ist selbstverständlich bewusst, dass der kommende Haushalt erneut besonderen Bedingungen unterliegt und daher eine Fokussierung erforderlich ist.

In diesem Jahr standen – zu Recht – besonders der Zuzug der vielen Geflüchteten aus der Ukraine und der Umgang mit dieser Krise im Fokus. Hier hat die Stadt kreative Lösungen gefunden: Von der Verwaltungsstraße in den Erstaufnahmeeinrichtungen bis hin zum Café Czernowitz. Diese Lösungen haben gezeigt, wie wichtig solche Angebote sind für Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind. An der Idee einer Verwaltungsstraße, die die wichtigsten Behörden vereint, sollte auch in Zukunft festgehalten werden. Vor allem aber ist es das Café Czernowitz, das Geflüchteten aus der Ukraine einen besonderen Halt bietet. Menschen auf der Flucht, Menschen mit Traumata, die durch Krieg und Verfolgung leiden mussten, brauchen eine besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung, die das Café Czernowitz bieten kann, einen Ort, an dem sie ankommen und ihre Sorgen und Ängste benennen können. Deshalb appellieren wir als Migrationsbeirat an die Stadt, dass im Laufe des nächsten Jahres das Konzept des Café Czernowitz erweitert wird, damit auch andere Geflüchtete davon profitieren können. Und selbstverständlich würden wir uns eine Verlängerung des Cafés über das Jahr 2023 hinaus wünschen. Denn genau diese Art von Unterstützung, der persönliche Zugang zu den Menschen, führt zu einer gefestigteren Integration.

Wie wir alle wissen gehört zur Integration auch das Erlernen der Sprache. Insbesondere für vulnerable Gruppen, z. B. für Mütter mit kleinen Kindern, fehlt es jedoch an geeigneten Angeboten der Sprachbildung – bei einem gleichzeitigen Mangel an Kinderbetreuungsplätzen in Mannheim. Sprachkurse mit paralleler Möglichkeit der Kinderbetreuung gibt es in Mannheim nicht oft. Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass in diesem Jahr das Interkulturelle Haus Mannheim e. V. gemeinsam mit der Stadt Strukturen aufgebaut hat, die es ermöglicht haben, in ihren Räumlichkeiten genau solche Kurse anzubieten. Angebote und Strukturen wie diese benötigen wir dringend. Es kann jedoch nicht sein, dass Vereine und Organisationen wie das Interkulturelle Haus, die nur über das Engagement von ehrenamtlichen Personen getragen werden, hiermit allein gelassen

werden. Sie müssen beim Aufbau und der Fortführung solcher Strukturen und Angebote finanziell und/oder personell unterstützt werden!

Es kommen natürlich nicht nur Menschen zu uns, die aufgrund von Krieg oder Verfolgung in Deutschland Schutz suchen, sondern auch Menschen, die arbeiten, studieren und sich hier einen neuen Lebensmittelpunkt schaffen möchten. Auch sie benötigen unsere Unterstützung, um die Weichen gleich zu Beginn zu stellen und u. a. Ausbeutung zu verhindern. In Mannheim haben wir hier insbesondere für besonders benachteiligte Zuwander*innen aus Südosteuropa ein sehr gut funktionierendes Projekt: ANIMA, Ankommen in Mannheim. ANIMA ist deshalb so erfolgreich, weil es muttersprachliche Mitarbeiter*innen sind, die an fünf Standorten im Stadtgebiet über vorhandene Beratungsangebote und Unterstützungsleistungen informieren und die Menschen dabei begleiten, den direkten Zugang in die Regelstrukturen zu finden. Mit großem Erfolg konnten die ANIMA-Mitarbeiter*innen über ihre Brückenfunktion Strukturen aufbauen, die dazu beigetragen haben, dass sehr vielen Menschen in prekären Lebenssituationen jährlich geholfen wird. Wir können nicht verantworten, dass ein solches Projekt verloren geht! Und wir können uns hier nicht nur auf Drittmittel verlassen. Selbst ein temporäres Aussetzen des Projektes birgt die Gefahr, dass wir einzelne oder alle Mitarbeiter*innen mit ihren immens wichtigen Kompetenzen verlieren und lange aufgebaute Strukturen wieder zusammenbrechen. Daher appellieren wir als Migrationsbeirat an Sie alle, hier eine Lösung zu finden und die Finanzierung von ANIMA ab 2023 zu sichern!

Wenn wir von Sprachkurs- und Beratungsangeboten sprechen, sprechen wir auch immer über Teilhabechancen und Bildungsgerechtigkeit. Letztere beginnt schon bei den Kleinsten. Wenn wir in Mannheim die Situation haben, dass es nicht genügend Kinderbetreuungsplätze für alle Kinder gibt, bedeutet dies, dass nicht alle Kinder mit denselben Chancen starten können, und nicht alle die gleichen Startmöglichkeiten in Schule und Ausbildung haben werden. Dies gilt nicht nur, aber insbesondere für Kinder mit einer Migrationsbiografie. Bildungsungerechtigkeit ist somit ein strukturelles Problem, das durch die Pandemie noch verstärkt wurde. Auch hier wissen wir, dass Menschen mit einer Migrationsbiografie überdurchschnittlich unter den Folgen gelitten haben bzw. immer noch leiden – insbesondere Kinder und Jugendliche. Und hier liegt es an uns, zu prüfen, wie wir auch im kommenden Jahr Strukturen verändern und verbessern können, um dem entgegenzuwirken.

Hinzu kommt, dass die meisten Kinder und Jugendlichen heute immer noch Erfahrungen mit Rassismus machen und Ungleichbehandlungen erfahren. Organisationen und Projekte, die besonders Kinder und Jugendliche mit diesen Erfahrungen unterstützen, empowern und diskriminierende Strukturen versuchen zu durchbrechen, sollten von der Stadt weiterhin unterstützt werden. In einer Zeit, in der rechte Gewalt und der Hass auf Menschen mit Migrationsbiografie allgegenwärtig ist und in der wieder Unterkünfte für Geflüchtete angezündet werden, brauchen wir Organisationen und Projekte wie diese nötiger denn je. Der „Mannheimer Integrationsfonds für EU-Zugewanderte“ und der Aktionsfonds

„Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsradikalismus, Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus und Antiziganismus“ bieten ebendiesen Projekten die Möglichkeit der finanziellen Förderung. Jedes Jahr sind beide Fonds überzeichnet, jedes Jahr werden sie komplett ausgeschöpft. Ohne diese finanzielle Förderung könnten die Projekte nicht durchgeführt werden. Die Weiterführung dieser Fonds halten wir als Migrationsbeirat daher für sehr wichtig – eine Reduzierung der finanziellen Mittel in diesem Bereich können und dürfen wir uns als Gesellschaft nicht leisten!

Zu meinem letzten Punkt: Teilhabemöglichkeiten und deren Bedeutung für die Integration. Die Möglichkeit, mitentscheiden zu können. In Mannheim gibt es sehr viele verschiedene Beteiligungsformate – doch trotz allem fällt die Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte im Vergleich weiterhin zu gering aus. Dies liegt sicherlich mit daran, dass in Deutschland jahrelang, Jahrzehntelang versucht wurde, eben diese Beteiligung zu unterbinden, die Möglichkeiten gering zu halten und damit kein Zugehörigkeitsgefühl zu fördern. Dazu gehört auch, direkt zu bestimmen, wer wählen darf und wer nicht, auch im kommunalen Bereich. Es hat uns deshalb besonders gefreut, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, und auch Sie alle als Gemeinderat die vom europäischen Netzwerk „Voting Rights for ALL Residents“ initiierte Städte-Erklärung „Unsere Städte, unsere Stimmen“ unterzeichnet und sich damit verpflichtet haben, sich für das Kommunalwahlrecht für alle einzusetzen, als integralen Punkt für die Zugehörigkeit und Teilhabe aller Menschen in unserer Stadt.

Ein Weg hin zu mehr Teilhabemöglichkeiten, insbesondere hinsichtlich des Wahlrechts, bietet selbstverständlich die Einbürgerung. Die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen erleichtert viele Zugänge. Und hier liegt es an uns, Menschen, die sich einbürgern lassen möchten und die die Möglichkeit haben, sich einbürgern zu lassen, den Weg dahin zu ebnen – und nicht zu erschweren, z. B. aufgrund langer Bearbeitungszeiten von ein bis zwei Jahren. Wir wissen, dass sich in den nächsten Jahren die Antragszahlen auf Einbürgerung aus verschiedenen Gründen erhöhen werden. Unsere Einbürgerungsbehörde muss hierfür entsprechend ausgestattet und vorbereitet sein. Bereits in der Vergangenheit und aktuell herrscht in der Ausländerbehörde Personalmangel, der u. a. aufgrund der bekannt hohen Arbeitsbelastung und des generellen Fachkräftemangels schwer zu beheben ist. Es gibt allein in diesem Jahr bereits 1500 Anträge auf Einbürgerung – und immer noch Rückstände in der Bearbeitung. Unser Ziel muss es sein, dass diejenigen, die die Möglichkeit und das Recht haben, sich einbürgern zu lassen und die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen, auch die Möglichkeit hierzu erhalten. Neben den Themenbereichen, die ich Ihnen bereits dargestellt habe, zählt daher auch die personelle Aufstockung der Einbürgerungsbehörde zu den Punkten, die wir als Migrationsbeirat für wesentlich im kommenden Jahr halten und für die wir uns im Rahmen unserer Beratungsfunktion als städtisches Gremium und unseres Rede- und Antragsrechts in den vor uns liegenden Etatberatungen einsetzen werden.

Vielen Dank!